

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Horst Förster, Fraktion der AfD**

**Sogenannte Klimaaktivisten in Greifswald**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

Der Nordkurier berichtet in seiner Ausgabe vom 14. März 2023 von weiteren Aktionen der „Letzten Generation“ gegen Fast-Food-Läden und Gaststätten in Greifswald.

Zugleich wird berichtet, dass die „Klimaaktivisten“ Forderungen gegenüber der Stadt aufgestellt und für den Fall der Nichterfüllung weitere Störaktionen angedroht hätten. Der Oberbürgermeister hat dem Bericht zufolge darauf mit einem Gesprächsangebot an die Gruppe reagiert.

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es sich bei den berichteten Klebeaktionen um Straftaten (Sachbeschädigung) und bei der Androhung weiterer Straftaten gegenüber dem Oberbürgermeister um Nötigung bzw. Erpressung, zumindest im Versuchsstadium, handelt?

Mit Rücksicht auf derzeit laufende strafrechtliche Ermittlungen kann die Frage nicht beantwortet werden.

2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass das Eingehen des Oberbürgermeisters auf die Androhung mit einem Gesprächsangebot an die Aktivisten dem Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und rechtsstaatlichen Grundsätzen zuwiderläuft?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Billigung eines solchen Musters zur Konfliktlösung für Nachahmung sorgen könnte, und zwar sowohl auf der Ebene der Verwaltung als auch auf der Ebene von ideologiegetriebenen Straftätern?
4. Hält die Landesregierung unter den gegebenen Umständen ein Einschreiten im Wege der Kommunalaufsicht für geboten?  
Wenn nicht, was sind die Gründe dafür?

Die Fragen 2, 3 und 4 werden zusammenhängend beantwortet.

Es ist keine Rechtsnorm bekannt, die einer Oberbürgermeisterin oder einem Oberbürgermeister Gespräche mit Personen untersagt, die bestimmte Vorstellungen in Bezug auf die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft haben, und zwar auch dann nicht, wenn diese Personen ihre Vorstellungen mit rechtswidrigen Mitteln durchsetzen wollen. Insofern scheiden eingreifende rechtsaufsichtliche Maßnahmen aus.